

PRESSEMITTEILUNG

29. Januar 2019

Wird BAföG künftig zur Schuldenfalle?

Mit Spannung haben die Juso-Hochschulgruppen Sachsen die dringend benötigten Änderungs-vorschläge von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek zum Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erwartet. Eine grundlegende Verbesserung des Studienfinanzierungssystems konnte von einem CDU-geführten Ministerium nicht erwartet werden. In den engen Grenzen, die die aktuelle Gesetzgebung hat, hat die Große Koalition dennoch einen hinnehmbaren Vorschlag erstellt.

Der größte Kritikpunkt der Juso-Hochschulgruppen Sachsen betrifft die geänderten Modalitäten bei der Rückzahlung: „Für künftige Studierende ist besonders bitter, dass die bislang fixe Deckelung der Rückzahlung auf maximal 10.000 € still und heimlich aus dem Gesetz gestrichen werden soll.“, kritisiert Matthias Lüth, Landeskoordinator der JHG Sachsen.

Bislang wird die Rückzahlung in §17 Abs. 2 BAföG bei 10.000 € gedeckelt. Nach dem vorliegenden Entwurf sollen künftig über 77 Monate je 130 € zurückgezahlt werden. Die Steigerung beträgt zunächst also nur 10 € aber damit ist die symbolisch wichtige Deckelung auf zehntausend Euro gefallen. Es ist zu erwarten, dass künftig Tilgungsraten erhöht oder die Rückzahlungsdauer verlängert werden.

„Neben unserer deutlichen Kritik schließen wir uns der Stellungnahme unseres Dachverbandes an und begrüßen dabei insbesondere die Übernahme der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge für alle BAföG-Empfänger*innen.“, erläutert Laura Loew, Landeskoordinatorin der JHG Sachsen.

Für Rückfragen stehen Laura Loew (01575 6474476) & Matthias Lüth (0176 92275059) telefonisch gern zur Verfügung.

Stellungnahme der Juso-Hochschulgruppen:

<https://www.bmbf.de/files/Stellungnahme%20Juso-Hochschulgruppen.pdf>